



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

18. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

20. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Im Einvernehmen mit allen Fraktionen wird der Tagesordnungspunkt 3 **Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024** abgesetzt. Die Beratungen sollen in der Sitzung am 12.03.2024 erfolgen.

- 1 Entscheidung über rund 85.000 Besoldungswidersprüche in Nordrhein-Westfalen - Landesregierung muss mit Musterverfahren einer drohenden Klagewelle vorbeugen und zeitnah die amtsangemessene Alimentation von Bediensteten überprüfen**

4

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6368

Ausschussprotokoll 18/480

¹ vertraulicher Teil mit TOP 7 siehe vAPr 18/51

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, der SPD und der AfD, den Antrag **abzulehnen**.

- | | | |
|----------|--|----------|
| 2 | Bericht gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen - PFoG) für das Jahr 2022 | 5 |
| | Vorlage 18/1965 | |
| 3 | Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024 | 6 |
| | Vorlage 18/2244 | |
| 4 | Umsetzung der Inflationsausgleichsprämie bei teilzeitbeschäftigten Ruheständlern | 7 |
| | Vorlage 18/2249 | |
| 5 | Überstundenverfall bei der Polizei bis zum 31.12.2023 | 8 |
| | Vorlage 18/2269 | |
| 6 | Verschiedenes | 9 |

1 Entscheidung über rund 85.000 Besoldungswidersprüche in Nordrhein-Westfalen - Landesregierung muss mit Musterverfahren einer drohenden Klagewelle vorbeugen und zeitnah die amtsangemessene Alimentation von Bediensteten überprüfen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6368

Ausschussprotokoll 18/480

Der Antrag in Drucksache 18/6368 wurde vom Plenum am 25.10.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal und an den Rechtsausschuss überwiesen.

In der abschließenden Beratung wirbt **Ralf Witzel** namens der FDP-Fraktion unverändert um Zustimmung zu diesem Antrag.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) greift die Anregung aus der Anhörung eines Sachverständigen auf, die Überprüfung der Besoldung zu institutionalisieren und dieses Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen zu behandeln.

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, der SPD und der AfD, den Antrag **abzulehnen**.

